

**Öffentliche Niederschrift über die
7. Sitzung des Kreistages (11. Wahlzeit) des Landkreises Trier-Saarburg
am 25.05.2020 in der Stadthalle Saarburg.**

Beginn: **17:04** Uhr

Ende: **19:23** Uhr

Anwesenheit

Vorsitz

Herr Landrat Günther Schartz

Mitglieder

Herr Jens Ahnemüller

Herr Martin Alten

Herr Wolfgang Benter

Herr Gerd Benz Müller

Herr Dirk Bootz

Herr Boris Bulitta

Herr Matthias Daleiden

Herr Jürgen Dixius

Herr Markus Franzen

Frau Stephanie Freytag

Frau Heike Gleißner

Herr Hartmut Heck

bis 19:08 Uhr (TOP 9)

Herr Bernhard Henter

Frau Iris Hess

Herr Michael Holstein

Frau Christiane Junk-Kornbrust

Herr Safak Karacam

Herr Christian Kiefer

Herr Dieter Klever

Herr Sascha Kohlmann

Frau Alexandra Lehnen

ab 17:27 Uhr (TOP 5)

Herr Markus Lehnen

Frau Dr. Kathrin Meß

Herr Stefan Metzdorf

Herr Paul Neumann

Frau Stephanie Nickels

Herr Claus Piedmont

Herr Paul Port

Herr Kaspar Portz

Herr Kreisbeigeordneter Helmut Reis

Herr Lars Rieger

Herr Alfons Peter Rodens

Herr Lothar Rommelfanger

Herr Uwe Roßmann
Frau Marianne Rummel
Frau Ingeborg Sahler-Fesel
Frau Kathrin Schlöder
Herr Achim Schmitt
Herr Erster Kreisbeigeordneter Arnold Schmitt
Frau Christine Schmitt
Frau Kreisbeigeordnete Simone Thiel
Herr Markus Thul
Herr Joachim Trösch
Frau Edith van Eijck
Herr Joachim Weber
Frau Lena Weber
Frau Martina Wehrheim
Frau Elke Winnikes
Herr Alfred Wirtz

bis 19:03 Uhr (TOP 9)

Verwaltung

Frau Alexandra Apel-Kuchenbrandt

Abteilung 6 - Finanzen und Kommunales (TOP 8)

Herr Joachim Christmann

Leiter des Geschäftsbereichs II

Herr Christoph Fuchs

Büroleiter

Herr Thomas Müller

Presse

Herr Rolf Rauland

Leiter des Geschäftsbereichs I

Frau Hannah Schmitz

Presse

Herr Stephan Schmitz-Wenzel

Leiter des Geschäftsbereichs III

Herr Alois Zehren

Abteilungsleiter Abteilung 6 - Finanzen und Kommunales (TOP 8)

Gäste

Herr Georg Bauer

Herr Harald Jansen

Trierischer Volksfreund

nicht anwesend:

Mitglieder

Herr Bruno Porten

entschuldigt

Herr Andreas Steier

entschuldigt

Zur Geschäftsordnung

Landrat **Schartz** eröffnet die Sitzung des Kreistages und begrüßt die Mitglieder des Kreistages, die Vertreter der Presse, Gäste sowie die Mitarbeiter der Verwaltung. Eingangs bedankt er sich herzlich beim Geschäftsführer der Stadthalle Saarburg, Herrn Hildebrand, für die Bereitstellung der Stadthalle.

Die zur Unterzeichnung bestimmten Kreistagsmitglieder, Herr Markus Franzen (CDU) sowie Frau Alexandra Lehnen (CDU) sind anwesend.
Einwendung gegen Form und Frist der Einladung gibt es nicht.

Zu Beginn des öffentlichen Teils der Sitzung teilt der **Landrat** mit, dass die Kreisbeigeordnete **Thiel** (CDU) mit Schreiben vom 01. Mai 2020 und mit Wirkung zum 24. Mai 2020 ihr Kreistagsmandat niedergelegt hat. Aufgrund des Stimmergebnisses bei der am 26. Mai 2019 stattgefundenen Kreistagswahl ist Herr Martin **Alten** (CDU) der Nachrücker. Der **Landrat** verpflichtet ihn durch Handschlag auf die gewissenhafte Erfüllung seiner Pflichten. Er weist auf die Rechte und Pflichten der Kreistagsmitglieder hin, insbesondere auf die Antrags- und Rederechte, das Recht der Bildung von Fraktionen, sowie die Vorschriften über die Mandatsausübung (§23 Abs. 1 und 2 LKO), die Schweige- und Treuepflicht (§§14 und 15 LKO) und das Verbot der Mitwirkung bei der sogenannten Befangenheit (§16 LKO).

Auf Anmerkung der Fraktionsvorsitzenden **Sahler-Fesel** (SPD) betont der Fraktionsvorsitzende **Daleiden** (FWG), dass der Antrag „Einflussnahme der Kreisgremien i. R. d. Corona-Bekämpfungsverordnung RLP auf eine schrittweise, die Gesundheit nicht gefährdende Öffnung von Gaststätten, Übernachtungsbetrieben und Vinotheken“ vom 23.04.20 auf der heutigen Tagesordnung bleiben solle.

Es bestehen keine weiteren Änderungen, somit wird die Tagesordnung wie nachfolgend dargestellt abgewickelt.

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1. **Mitteilungen des Landrates**
2. **Einwohnerfragestunde**
3. **Zustimmung zur Neufassung der Verbandsordnung des Zweckverbandes Industriepark Region Trier; Vorlage: 0116/2020/1**
4. **Neuwahl der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter des Verwaltungsgerichtes Trier für die am 1. Januar 2021 beginnende Amtszeit; Vorlage: 0126/2020**

5. **Schaffung eines grenzüberschreitenden politischen Gremiums der Region Trier mit den Grenzregionen Luxemburg mit Entscheidungskompetenzen zur Regelung grenzüberschreitender Angelegenheiten (Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Kreistagsfraktion v. 20.04.20); Vorlage: 0113/2020/1**
6. **Einflussnahme der Kreisgremien i. R. d. Corona-Bekämpfungsverordnung RLP auf eine schrittweise, die Gesundheit nicht gefährdende Öffnung von Gaststätten, Übernachtungsbetrieben und Vinotheken (Antrag der FWG-Kreistagsfraktion v. 23.04.2020); Vorlage: 0122/2020/1**
7. **Einführung einer Windeltonne im Bereich des Landkreises Trier-Saarburg
Vorlage: 0109/2020/1**
8. **Abwicklung und Übertragung von Haushaltsermächtigungen aus dem HH-Jahr 2019 in das HH-Jahr 2020; Vorlage: 0140/2020**
9. **Informationen und Anfragen**
 - 9.1. **Haushaltsverfügung der ADD Trier für den Kreishaushalt 2020**
 - 9.2. **Information über eine Eilentscheidung - Ausschreibung ÖPNV-Leistungen Linienbündel Ruwertal-Hochwald; Vorlage: 0100/2020**
 - 9.3. **Informationen über eine Eilentscheidung - Entgeltfortzahlung Tagespflegepersonen und Aussetzung der Elternbeiträge in den Bereichen Kindertagespflege sowie Kindertagesstätten für jeweils April und Mai 2020
Vorlage: 0128/2020**
 - 9.4. **Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Kreistagsfraktion bzgl. Beschwerden von Eltern über Schülertransporte im Zuge des ÖPNV nach Einführung der Linienbündel vom 08.12.2020; Sachstandsinformation; Vorlage: 0156/2020**
 - 9.5. **weitere Informationen und Anfragen**

Öffentlicher Teil

1. Mitteilungen des Landrates

Protokoll:

Der **Landrat** verliest die als Anlage zur Niederschrift beigefügten Mitteilungen. Insbesondere geht er auf die Absage von Veranstaltungen sowie die Auswirkungen der Corona-Pandemie im Landkreis ein.

Es bestehen keine Fragen seitens des **Kreistags**, sodann nimmt er die Informationen zur Kenntnis.

2. Einwohnerfragestunde

Protokoll:

Es liegen keine Anfragen seitens der Bevölkerung vor.

3. Zustimmung zur Neufassung der Verbandsordnung des Zweckverbandes Industriepark Region Trier; Vorlage: 0116/2020/1

Protokoll:

Der **Landrat** verweist auf die Beschlussvorlage der Verwaltung.

Seitens des Kreistages bestehen keine Fragen. Sodann fasst er folgenden Beschluss.

Beschluss:

Der Kreistag stimmt dem Entwurf der Neufassung der Verbandsordnung des Zweckverbandes Industriepark Region Trier zu.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

4. Neuwahl der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter des Verwaltungsgerichtes Trier für die am 1. Januar 2021 beginnende Amtszeit Vorlage: 0126/2020

Protokoll:

Der **Vorsitzende** schlägt vor, in gemeinsamer und offener Abstimmung über die nachstehende Wahl der Kreistagssitzung zu entscheiden, soweit keine geheime Wahl auf Wunsch des Kreistages durchgeführt werden solle.

Der **Kreistag** stimmt dem Vorschlag einstimmig zu.

Der **Landrat** verweist auf den vorliegenden gemeinsamen Wahlvorschlag. Es

werden keine weiteren Wahlvorschläge eingereicht.

Der gemeinsame Wahlvorschlag wird einstimmig angenommen. Demnach sind gewählt:

CDU-Fraktion

Herr Johannes Gerd Kölling, Saarburg
Herr Peter Leo Hein, Nittel-Köllig
Herr Christian Zöpfchen, Kordel
Frau Petra Kohlmann, Schillingen
Herr Dr. Uwe Stein, Fell-Fastrau
Herr Hans-Joachim Scherf, Wiltingen

SPD-Fraktion

Hans-Georg Götze, Saarburg
Frau Iris Hess, Schweich
Herr Karl-Heinz Päulgen, Leiwen

Bündnis 90/ Die Grünen-Fraktion

Frau Martina Wehrheim, Konz
Herr Dr. Karl-Georg Schroll, Wiltingen
Herr Peter Schiwiek, Hermeskeil

FWG-Fraktion

Frau Kathrin Schlöder, Longuich
Herr Dieter Klever, Konz

FDP-Fraktion

Herr Gerd Benz Müller, Ockfen

Die Linke-Fraktion

Frau Dr. Kathrin Meß, Saarburg

AfD-Fraktion

Herr Christian Kiefer, Freudenburg

5. **Schaffung eines grenzüberschreitenden politischen Gremiums der Region Trier mit den Grenzregionen Luxemburg mit Entscheidungskompetenzen zur Regelung grenzüberschreitender Angelegenheiten (Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Kreistagsfraktion v. 20.04.20);
Vorlage: 0113/2020/1**

Protokoll:

Der **Landrat** verweist auf die Beschlussvorlage der Verwaltung sowie auf die Vorberatung in der vergangenen Sitzung des Kreisausschusses am 04.05.20. Auf niederschwelliger Ebene werden in naher Zukunft Gespräche mit luxemburgischen Kommunen geführt.

Kreistagsmitglied **Wirtz** (Bündnis 90/ Die Grünen) berichtet, dass sich die Si-

tuation an der Grenze deutlich entspannt habe. Die Einschränkungen seien erheblich gewesen. Von der Grenzschießung waren im Landkreis unter anderem Wasserbillig und Oberbillig sowie Rosport und Ralingen betroffen. Kaum eine Region lebe von dem Schengen-Abkommen wie die in der Vorlage genannte Region. Es werde ein grenzüberschreitendes Gremium mit Entscheidungskompetenz benötigt. Eine andere Möglichkeit sei die Einrichtung eines Beirates mit beratender Funktion für Regierungen. Die Bündnis 90/ Die Grünen-Fraktion bitte um Zustimmung.

Kreistagsmitglied **Weber** (CDU) bekräftigt, dass die CDU-Fraktion dem vorliegenden Antrag zustimmen werde. Die Kompetenzen eines solchen Gremiums müssten noch detailliert definiert werden. Die bisher vorhandenen politischen Gremien seien leider sehr unterschiedlich mit kommunalen Vertreterinnen und Vertretern besetzt.

Teilweise könne die SPD-Fraktion dem vorliegenden Antrag zustimmen, so Kreistagsmitglied **Zehren** (SPD). Es gebe bereits politische Entscheidungsgremien, deren Potenzial deutlich verbessert werden könne. Sie selbst sei in den EuRegio-Rat gewählt.

Die FWG-Fraktion unterstütze den im Kreisausschuss ausgearbeiteten Vorschlag, so Kreistagsmitglied **Holstein** (FWG). In der aktuellen Lage haben alle bestehenden Gremien leider nicht weitergeholfen. Die jetzige Situation müsse analysiert und aus den Ergebnissen gelernt werden.

Der Fraktionsvorsitzende **Piedmont** (FDP) teilt mit, dass die FDP-Fraktion der Vorlage zustimmen werde.

Der Fraktionsvorsitzende **Henter** (CDU) bekundet, dass die CDU-Fraktion dem ursprünglichen Antrag der Bündnis 90/ Die Grünen-Fraktion nicht zustimmen konnte. Die Grenzöffnung sowie -schließung sei Angelegenheit des Bundes. Es könne nur um die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in der Region Trier gehen.

Kreistagsmitglied **Weber** (CDU) bestätigt, dass zwischen den Mitgliederversammlungen des EuRegio-Rates regelmäßig Präsidiumssitzungen stattfinden.

Die Fraktionsvorsitzende **Sahler-Fesel** (SPD) schließt sich den Mitteilungen der Vorredner an. Grenzangelegenheiten seien Sache des Bundes. Die Zusammenarbeit zwischen der Verbandsgemeinde Trier-Land sowie Kommunen in Luxemburg habe gut funktioniert. Diese Zusammenarbeit müsse ausgebaut werden.

Kreistagsmitglied **Roßmann** (SPD) bittet darum, am Ende der Beratung den endgültigen Beschlussvorschlag durch den Landrat vorlesen zu lassen. Dann wisse jedes Mitglied, welche Version zur Abstimmung stehe.

Zusammenfassend könne Landrat **Schartz** sagen, dass im Rahmen der Beratungen im letzten Kreisausschuss die Punkte 3 und 6 geringfügig geändert wurden. Untergegangen in dieser Diskussion sei, dass die 19-Tage-Regelung

in der Corona-Krise geändert worden sei. Verschiedene Gremien arbeiten in der Region bisher parallel nebeneinander. Hierbei gebe es keine formale Vernetzung untereinander. In der Region am Oberrhein gebe es bspw. eine grenzüberschreitende kommunal-staatliche Zusammenarbeit. Die sei eine Art Vorbild für unsere Region. Vorrangig müsse der Stellenwert der Region Trier bei einem solchen Beschluss herausgearbeitet werden. Die Vorlage zu dieser Sitzung diene als erster Einstieg in die gesamte Thematik. Im Moment sei die Lage insgesamt günstig, um einen solchen Vorstoß zu wagen. Eine solche Chance gebe es selten. Es stehe jedoch noch eine Menge Arbeit bevor.

Kreistagsmitglied **Dixius** (CDU) hebt hervor, dass es das wenig bekannte grenzüberschreitende Gremium „Entwicklung oberes Moseltal“ gebe. Es müsse mit Leben gefüllt werden.

Die Fraktionsvorsitzende **Sahler-Fesel** (SPD) könne nach den Ausführungen des Landrates der Vorlage zustimmen. Eine Bedingung sei allerdings, dass unterhalb des Interregionalen Parlamentarierrates (IPR) eine Interessensvertretungsebene eingefügt werde.

Unverständnis über den Wunsch zur Einrichtung eines weiteren Gremiums zeigt die Fraktionsvorsitzende **Junk-Kornbrust** (AfD).

Der **Landrat** bekräftigt, dass es in der Region Trier teilweise ungelöste Herausforderungen gebe, die durch die Einrichtung eines grenzüberschreitenden Gremiums einfacher als bisher gelöst werden könnten.

Da seitens des **Kreistages** keine Fragen bestehen, fasst er sodann folgenden Beschluss.

Beschluss:

Der Kreistag des Landkreises Trier-Saarburg richtet für den Landkreis Trier-Saarburg, aufgrund dessen geografischer Lage und der emotionalen Verbundenheit seiner Bürger und seiner besonderen Verantwortung für den Europäischen Gedanken, den folgenden öffentlichen Aufruf an die Verantwortlichen in der Großregion SaarLorLux und die Entscheidungsträger für die Großregion SaarLorLux:

Der Kreistag des Landkreises Trier Saarburg appelliert an die jeweils Verantwortlichen in der Großregion SaarLorLux und an die Entscheidungsträger für die Großregion:

1. Unverzüglich ist ein Sondergipfel der Großregion einzuberufen, um die Auswirkungen der aktuellen Corona-Krise und der von den Staaten getroffenen Maßnahmen auf die Großregion Saar-Lor-Lux zu analysieren und Schlussfolgerungen für eine Neuorientierung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zu treffen.

2. Dem Gipfel müssen zukünftig kommunale Vertreter angehören. Denn es hat sich gezeigt, dass in der aktuellen Lage wegen der engen kommunalen grenz-

überschreitenden Verflechtungen die Probleme der Bürgerinnen und Bürger besser kommunal lösbar sind als national.

3. Dabei müssen zukünftig die Gipfelergebnisse zu klaren Zielvorgaben für die nationalen Parlamente und Regierungen genutzt werden.

4. Es ist ein neues Kapitel in den grenzüberschreitenden Partnerschaften in der Großregion Saar-Lor-Lux aufzuschlagen. Die ersten Initiativen dazu werden nachdrücklich begrüßt.

Der Landkreis Trier-Saarburg sieht seinerseits für das Gebiet des Kreises folgende Aspekte als besonders dringlich an:

1. Die Grenzen zwischen Deutschland und dem Großherzogtum Luxemburg, sowie innerhalb der Großregion SaarLorLux insgesamt müssen schnellstmöglich geöffnet werden, da der Schaden für die Europäische Verständigung größer ist als der Gesundheitsschutz, der losgelöst von Staatsgrenzen gemeinsam in der Staatengemeinschaft zu gewährleisten ist.

2. Es sind tragfähige und dauerhafte Regelungen für das grenzüberschreitende Arbeiten zu finden, die dazu geeignet sind, Fahrten zwischen Wohnort und Arbeitsplatz aus Gründen des Klima- und Gesundheitsschutzes, zur Entlastung der Verkehrsinfrastruktur und zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf auf das notwendige Maß zu reduzieren. Deshalb ist die 19-Tage-Regelung auszuweiten, sodass bis zu 52 Tage im Jahr grenzüberschreitende Heimarbeit möglich ist. Damit einhergehend ist - wegen einer veränderten Arbeitswelt und den Steuerausfällen in Deutschland - das Doppelbesteuerungsabkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Großherzogtum Luxemburg auch unter Arbeitsplatz- und Klimagesichtspunkten neu zu formulieren.

3. Es ist dafür Sorge zu tragen, dass auch im Sinne der Europäischen Idee die jeweils geltenden Meldeverpflichtungen eingehalten werden, um Irritationen und Ungleichbehandlungen zu vermeiden. Genauso muss vor dem Hintergrund verschiedener Verlautbarungen in der Öffentlichkeit auch klar sein, dass das Zahlen von Steuern und Abgaben in Deutschland für sich genommen kein Nachteil ist!

4. Es ist innerhalb der Großregion eine gemeinsame Strategie zur Krisenvorsorge und standardisierter Kriseninformationen zu entwickeln, die auch Produktion und Bevorratung relevanter Waren und Dienstleistungen beinhaltet.

5. In Bezug auf die genannten Punkte wird es als unabdingbar angesehen, dass sich die Bundesrepublik Deutschland und das Großherzogtum Luxemburg, sowie darüber hinaus die an der Großregion beteiligten Staaten Frankreich und Belgien auf einen Fahrplan für eine Klärung der wesentlichen finanziellen und organisatorischen Fragestellungen einigen und unmittelbar in den Diskussionsprozess einsteigen, um die gute Zusammenarbeit vor Ort von diesen Themen zu entlasten.

6. Zu Klärung bilateraler Fragen sollte ein grenzüberschreitendes politisches Gremium der Region Trier mit den Grenzregionen Luxemburgs mit Entscheidungskompetenzen zur Regelung näher zu definierender kommunaler grenzüberschreitender Angelegenheiten eingerichtet werden. Die bisher eher unverbindlich agierenden Gipfel der Großregion, die Aktivitäten des grenzüberschreitenden Kommunalverbands EUREGIO, des Instituts der Großregion oder des Interregionalen Parlamentarierrats reichen dazu nicht aus.

Aus Sicht des Landkreises Trier-Saarburg hat die Coronakrise neben allen negativen Begleiterscheinungen auch gezeigt, dass schnelle Entscheidungen möglich sind und der Kreistag des Landkreises bittet alle Beteiligten, diesen Geist in die Klärung der angesprochenen, sowie weiterer, zu erarbeitender Fragestellungen mit einzubringen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich beschlossen bei 2 Gegenstimmen

6. **Einflussnahme der Kreisgremien i. R. d. Corona-Bekämpfungsverordnung RLP auf eine schrittweise, die Gesundheit nicht gefährdende Öffnung von Gaststätten, Übernachtungsbetrieben und Vinotheken (Antrag der FWG-Kreistagsfraktion v. 23.04.2020); Vorlage: 0122/2020/1**

Protokoll:

Nach dem Verweis auf die Vorlage informiert der **Landrat** über die Besprechung der Bürgermeister/innen der Verbandsgemeinden mit Vertreterinnen und Vertretern der Touristikbranche der Industrie- und Handelskammer sowie des DeHoGa Kreisverbandes Trier-Saarburg. Zusammenfassend berichtet er, dass die dort Anwesenden nicht auf kurzfristige Werbekonzepte setzen, sondern langfristig Touristen mit Angeboten in die Region Trier locken wollen. Auf der Homepage „entdecke-deutschland.de“ seien regionale Angebote gut aufgelistet. Diese Seite sei empfehlenswert.

Kreistagsmitglied **Schlöder** (FWG) verweist auf die Vorberatungen im vergangenen Kreisausschuss. Dort sei die Vorlage zu dem Antrag mehrheitlich beschlossen worden. Zur heutigen Sitzung habe die Verwaltung die Vorlage sachlich modifiziert, da sich inzwischen weitere Lockerungen von Seiten der Landesregierung ergeben haben. Die regionalen Betriebe bräuchten weiterhin Unterstützung.

Kreistagsmitglied **Rieger** (CDU) hält ein Plädoyer zum Umgang der Bevölkerung mit den Hygienemaßnahmen in der Corona-Krise. Die Menschen seien verantwortungsvoll mit der akuten Situation umgegangen. Das Ergebnis heute zeige, dass lediglich eine Hand voll Neuinfektionen im gesamten Bundesland zu verzeichnen seien. Es gebe einige Branchen, die unterdessen Unterstützung bräuchten. Die CDU-Fraktion werde dem Antrag aus den genannten Gründen zustimmen. Zum Urlaub in der Region Trier könne durchaus geworben werden.

Die Fraktionsvorsitzende **Sahler-Fesel** (SPD) äußert zum vorliegenden Antrag, dass die Region Trier hinsichtlich der Pandemie mit einem blauen Auge davongekommen sei. Bei einer der letzten Bürgermeisterdienstbesprechungen seien verschiedene Lösungen zur Öffnung der örtlichen Bürgerhäuser sowie der Umgang mit Hochzeiten und Beerdigungen abgestimmt worden. Die SPD-Fraktion wolle aus der Systematik der Eilentscheidungen des Landrates herauskommen, um im guten Miteinander wie bisher, sachlich über Angelegenheiten in den zuständigen kommunalen Gremien zu beraten und zu beschließen.

Die beschriebenen Öffnungen seien im Falle der Tourismusabstinenz zwecklos, so der Fraktionsvorsitzende **Port** (Bündnis 90/ Die Grünen). Es fehlen neben den angesprochenen Branchen ebenso Kulturveranstaltungen, die zum gesellschaftlichen Leben beitragen. Er verweise auf jüngste Neuinfektionen im Bundesgebiet aufgrund von Gottesdiensten sowie sonstigen Veranstaltungen. Aus der Sicht der Bündnis 90/ Die Grünen-Fraktion fehle im Beschlussvorschlag der Tourismus im Allgemeinen.

Zustimmung zum Beschlussvorschlag in der Vorlage erteilt die Fraktionsvorsitzende **Junk-Kornbrust** (AfD). Über weitere Maßnahmen nach dem Ende der Corona-Maßnahmen müsse nachgedacht werden.

Der Fraktionsvorsitzende **Piedmont** (FDP) teilt mit, dass die FDP-Fraktion der Vorlage zustimmen werde.

Der Fraktionsvorsitzende **Henter** (CDU) schlägt vor, den gemeinsamen Beschlussvorschlag zur Abstimmung zu stellen.

Das Kreistagsmitglied **Schlöder** (FWG) plädiert für eine Aufnahme der Weinbaubetriebe, die mit dem Gastronomiegewerbe verknüpft seien, sowie des Tourismus in den Beschlussvorschlag.

Weiterhin aufgenommen werden sollen die Bereiche Weinbau sowie Direktvermarkter, so die Fraktionsvorsitzende **Junk-Kornbrust** (AfD).

Da seitens des **Kreistages** keine Fragen bestehen, fasst er sodann folgende Beschlüsse.

Beschluss:

Der Kreistag stimmt für die in der Sitzung eingebrachten Vorschläge der Kreistagsmitglieder zur Erweiterung des in der Vorlage unterbreiteten Beschlussvorschlags.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt bei 49 Gegenstimmen, 2 Fürstimmen und 1 Enthaltung

Beschluss:

Nach den Öffnungen von Gastronomie, Hotellerie, des Tourismus im Allgemeinen und im Kulturbereich spricht sich der Kreistag Trier-Saarburg für eine aktive Unterstützung dieser für die Region besonders bedeutsamen Sparten durch

den Landkreis aus und fordert den Landrat in seinen Bemühungen auf, konkrete Hilfsmaßnahmen in Absprache zu definieren und mit den jeweils verantwortlichen Kreisgremien vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen bei 3 Enthaltungen

**7. Einführung einer Windeltonne im Bereich des Landkreises Trier-Saarburg
Vorlage: 0109/2020/1**

Protokoll:

Der **Landrat** verweist auf die Beschlussvorlage der Verwaltung.

Die Fraktionsvorsitzende **Dr. Meß** (Die Linke) bekundet, dass Die Linke-Fraktion gegen den Beschlussvorschlag stimmen werden. Gründe hierfür seien einerseits die Mehrkosten für die Bevölkerung, andererseits habe sie datenschutzrechtliche Bedenken.

Landrat **Schartz** hält den in der Vorlage genannten Preis zur Entsorgung für vertretbar. Eine Familie erhalte Kindergeldzuschüsse.

Der Fraktionsvorsitzende **Henter** (CDU) konstatiert, dass dieses Thema im Kreisausschuss ausführlich hätte diskutiert werden können. Der Zweckverband A.R.T. habe sich intensiv mit dieser Einführung auseinandergesetzt. Es sei mit dem vorliegenden Beschlussvorschlag eine ausgewogene Lösung gefunden worden. Die CDU-Fraktion werde dem Vorschlag zustimmen. Bei einer Subvention des Entsorgungssystems könne sich die zuständige Kommunalaufsicht aufgrund haushaltsrechtlicher Fragestellungen einschalten.

Kreistagsmitglied **Kiefer** (AfD) beantragt nach § 18 Abs. 2 der Geschäftsordnung den Schluss der Beratung.

Da seitens des **Kreistags** keine Fragen bestehen, fasst er sodann en bloc folgenden Beschluss.

Beschluss:

1. Der Kreistag nimmt die Einführung eines Abfallsammelsystems für Windeln und Inkontinenzabfälle durch den A.R.T. zur Kenntnis.

2. Der Kreistag stimmt der Änderung der Sonderregelungen im zweiten Abschnitt der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Abfallentsorgung (Gebührensatzung) des A.R.T. zu.

3. Der Kreistag spricht sich dafür aus, dass neben festen Abfallsammelgefäßen auch Abfallsäcke zur Erfassung von Windeln und Inkontinenzabfällen im Kreisgebiet genutzt werden können. Die gebührenpflichtige Ausgabe bzw. der Versand dieser Windelsäcke soll durch den A.R.T. erfolgen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich beschlossen bei 2 Gegenstimmen

8. Abwicklung und Übertragung von Haushaltsermächtigungen aus dem HH-Jahr 2019 in das HH-Jahr 2020; Vorlage: 0140/2020**Protokoll:**

Der **Landrat** verweist auf die Beschlussvorlage der Verwaltung.

Da seitens des Kreistages keine Fragen bestehen, fasst er sodann folgenden Beschluss.

Beschluss:

Der Kreistag beschließt die Bildung und Übertragung von Haushaltsausgabermächtigungen aus dem Haushaltsjahr 2019 in das Haushaltsjahr 2020 in Höhe von **14.818.665,99 €**.

Der Kreistag nimmt die der Vorlage beigefügten Übersicht über die Haushaltsermächtigungen aus dem Vorjahr zur Kenntnis, bei denen eine Übertragung nicht mehr erfolgen kann, da eine Inanspruchnahme der Kreditermächtigung aus diesem Zeitraum nach den haushaltsrechtlichen Vorgaben des § 103 GemO nicht mehr möglich ist und hierdurch die Finanzierung nicht gesichert ist. Diese verfallenen Reste wurden je nach Bedarf von den Fachabteilungen im Haushaltsplan 2020 berücksichtigt und neu veranschlagt.

Dem Kreistag wird empfohlen, im Rahmen der Beschlussfassung über die Jahresrechnung 2019 nach § 114 GemO, die über das Ende des Haushaltsjahres 2019 hinaus geltenden Haushaltsermächtigungen in Höhe von

insgesamt: 14.818.665,99 €

(nach § 17 Abs. 5 GemHVO in Verbindung mit § 53 GemHVO) förmlich festzustellen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

9. Informationen und Anfragen**9.1. Haushaltsverfügung der ADD Trier für den Kreishaushalt 2020****Protokoll:**

Der **Landrat** verweist auf die Informationen, die im Ratsinformationssystem hinterlegt sind.

Seitens des Kreistages bestehen keine Fragen. Sodann nimmt er die Informationen zur Kenntnis.

9.2. Information über eine Eilentscheidung - Ausschreibung ÖPNV-Leistungen Linienbündel Ruwertal-Hochwald; Vorlage: 0100/2020

Protokoll:

Der **Landrat** verweist auf die Informationsvorlage der Verwaltung.

Seitens des Kreistages bestehen keine Fragen. Sodann nimmt er die Informationen zur Kenntnis.

9.3. Informationen über eine Eilentscheidung - Entgeltfortzahlung Tagespflegepersonen und Aussetzung der Elternbeiträge in den Bereichen Kindertagespflege sowie Kindertagesstätten für jeweils April und Mai 2020 Vorlage: 0128/2020

Protokoll:

Der **Landrat** verweist auf die Informationsvorlage der Verwaltung.

Seitens des Kreistages bestehen keine Fragen. Sodann nimmt er die Informationen zur Kenntnis.

9.4. Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Kreistagsfraktion bzgl. Beschwerden von Eltern über Schülertransporte im Zuge des ÖPNV nach Einführung der Linienbündel vom 08.12.2020; Sachstandsinformation Vorlage: 0156/2020

Protokoll:

Der **Landrat** verweist auf die Informationsvorlage der Verwaltung.

Seitens des Kreistages bestehen keine Fragen. Sodann nimmt er die Informationen zur Kenntnis.

9.5. weitere Informationen und Anfragen

Protokoll:

Es liegen weder Informationen noch Anfragen vor.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt der Vorsitzende die Sitzung mit einem Dank an die Teilnehmenden.

Der Vorsitzende:

(Günther Scharz)
Landrat

Der Protokollführer:

(Andreas Reichert)